



## **Änderungsantrag**

der Fraktionen von CDU, FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

### **Dem politischen Extremismus ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie entgegensetzen**

Drucksache 17/ 2154

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert den Innenminister auf, alle Informationen und Anhaltspunkte, die eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Zusammenhang mit der Nazi-Demo am 31. März 2012 in Lübeck begründen und ein rechtssicheres Verbot rechtfertigen, der Versammlungsbehörde in Lübeck unmittelbar und umfassend mitzuteilen.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag verurteilt den Versuch neonazistischer Gruppierungen, durch einen neuerlichen Aufmarsch zum Jahrestag der Bombardierung Lübecks am 29. März 1942 das Leid der damals betroffenen Bevölkerung für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren und zugleich den Versuch zu unternehmen, die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren.
3. Der Landtag stellt fest, dass ein klares Bekenntnis zur freiheitlichdemokratischen Grundordnung unseres Staates und ein aktives Engagement zugunsten unseres bürgerlichen Gemeinwesens geeignet sind, politischem Radikalismus in all seinen Erscheinungsformen wirksam entgegenzutreten. Wenn sich möglichst viele Menschen in Schleswig-Holstein durch ihren Einsatz in Parteien und Verbänden, Vereinen und Initiativen in der Mitte der Gesellschaft positionieren, können sie einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, politischem Extremismus die Grundlage zu entziehen.
4. Der Landtag spricht sich darüber hinaus gegen Rechtsextremismus aus und lehnt jede Form von Rassismus, Faschismus und rechter Gewalt entschieden ab. Unabhängig von Verboten einzelner Demonstrationen begrüßen wir das breite zivilgesell-

schaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und fordern alle im Landtag vertretenen Parteien dazu auf, sich daran zu beteiligen und jederzeit jeder Form von Rechtsextremismus, Faschismus, Rassismus entgegen zu stellen.

5. Der Landtag dankt ausdrücklich unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die immer wieder unter schwierigsten Bedingungen das Grundrecht der Demonstrationstionsfreiheit geschützt, mögliche Ausschreitungen unterbunden und Leben und Gesundheit in ihrem Dienst an unserem Gemeinwesen eingesetzt haben. Ihre Arbeit verdient höchste Anerkennung.

Werner Kalinka  
und Fraktion

Gerrit Koch  
und Fraktion

Luise Amtsberg  
und Fraktion

Serpil Midyatli  
und Fraktion

Anke Spoorendonk  
und Fraktion